



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 73750
Fax: (030) 227 – 76250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 72 01 38 84
Fax: (030) 72 01 39 94
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de
www: www.mechthild-rawert.de

24.10.2007 | Pressemitteilung

3 Millionen Euro zusätzlich für Verbraucherinformation

Anlässlich der Haushaltsabstimmung im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erklärt Mechthild Rawert, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Verbraucherberatung, -schulung und -aufklärung:

„Bei seinen Haushaltsberatungen hat der Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten im Vergleich zum Regierungsentwurf gestärkt. Anstatt 14 Millionen Euro sollen im Haushaltsjahr 2008 nun 17 Millionen Euro für die Verbraucherinformation bereitgestellt werden. Das ist ein gutes Signal auch an die Verbraucherorganisationen. Mit den zusätzlichen Mitteln können diese der steigenden Nachfrage der Bevölkerung nach Aufklärung und Information über Produkte und Dienstleistungen besser gerecht werden.“

Einigkeit herrschte im Ausschuss darüber, den Zuschuss von 2,5 Millionen Euro für bundesweite Aktionen der Verbraucherzentralen im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes auch im kommenden Jahr fortzuführen. Hier aber müssen die Bundesländer auch das Ihre leisten. Es ist ein Skandal, dass die meisten Länder die notwendige Kofinanzierung lediglich durch Umschichtung der Mittel erbracht haben, die sie ursprünglich für die institutionelle Förderung der Verbraucherzentralen eingeplant hatten. Eine tatsächliche Anhebung der Länderzuschüsse war dagegen die Ausnahme. Die Bundesländer müssen endlich ihrer verbraucherpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Verbraucheraufklärung der Jugendlichen und im Bereich Pflege stärken

Die SPD-Bundestagsfraktion konnte durchsetzen, dass die Bundesregierung sich künftig verstärkt mit der Überschuldung von jungen Menschen auseinandersetzt. Für viele junge Menschen resultieren u.a. die Möglichkeiten des Handytelefonierens und des Interneteinkaufs darin, dass sie mit einem Schuldenberg ins Erwachsenenleben eintreten. Die Aufklärung gerade der jungen Verbraucherinnen und Verbraucher muss deshalb oberste Priorität haben. Die SPD-Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, dass aus den Bundesmitteln zur Verbraucheraufklärung für diese Aufgabe mindestens eine Million Euro bereitgestellt wird.

Ebenfalls auf meine Initiative hin soll im kommenden Jahr außerdem der Bereich Pflege einen Schwerpunkt bei der Bundesförderung für die Verbraucheraufklärung bilden. Bereits jetzt besteht ein großer Informationsbedarf zur Qualität von ambulanten und stationären Einrichtungen, zudem existiert ein Mangel an Transparenz. Dieser Bedarf

wird in einer älter werdenden Gesellschaft noch ansteigen. Nach dem Willen der SPD-Arbeitsgruppe soll auch für dieses Themenfeld mindestens eine Million Euro reserviert werden.

Mehr Mittel zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Ernährung und Bewegung“

Außerdem wurden im Haushaltsentwurf des Ausschusses die Mittel für den Bereich Ernährung und Bewegung um zwei Millionen Euro auf nunmehr fünf Millionen Euro erhöht. Somit ist gewährleistet, dass auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Bälde mit Aktionen zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Ernährung und Bewegung“ beginnen kann.

Diese Maßnahmen dürfen sich jedoch nicht nur darauf beschränken, dass die Menschen individuell zu einem besseren Ernährungs- und Bewegungsverhalten angehalten werden. Stattdessen ist ein Setting-Ansatz vonnöten, d.h. die Rahmenbedingungen in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Betrieben und im Wohnumfeld müssen entsprechend verändert werden. Der gute Wille von Eltern, dass ihre Kinder sich mehr bewegen sollen, nützt nichts, wenn an den Schulen Bewegungsangebote fehlen oder der nächste Sportverein kilometerweit von der Wohnung entfernt ist. Auch sollte unbedingt das angekündigte Präventionsgesetz auf den Weg gebracht werden. Denn damit können wir weitere gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen schaffen.“